

reale militärische Bedeutung der Handvoll deutscher Panzerschiffe jungen oder alten Baudatums besteht darin, daß sie mitzählen könnten in einer gesamteuropäischen Flotte, die in Tätigkeit gesetzt wird, wenn Entstehung oder Bestand des Vereinigten Europäischen Kontinents durch kriegerische Handlungen anderer Mächte behindert oder bedroht werden. Es ist sehr charakteristisch, daß grade von englischer Seite die deutsche Linke gegen die Panzerschiffersatzbauten aufgereizt wird, und daß grade die durch dick und dünn anglophilen (und naturgemäß auch probolschewistischen) Gruppen es in Deutschland sind, die dieser Parole nur allzu willig folgen. Wo, fragen wir, war auf der Linken der Protest gegen die Ausschöpfung der vom Friedensvertrag offen gelassenen Befestigungsmöglichkeiten zu Land? Ja, das ist ganz was anderes. Gegen den Nachbarn auf dem Kontinent darf man sich sichern (und gleich so gründlich, daß man vor einer Kooperation mit ihm bewahrt bleibt, die beiden zugute käme), aber beileibe nicht gegen die Nachbarn Europas jenseits des Kanals und des Atlantischen Ozeans.

Die sogenannte Panzerkreuzerfrage ist eindeutig zu beantworten, wenn die Sozialdemokratie in der Frage der Einigung Europas, der Gestalt und des Umfangs, die sie diesem Europa geben will, und des Wegs, der zu ihm führen soll, den grundsätzlich richtigen Standpunkt sich zu eigen macht: nämlich den der Kontinentalpolitik. Dann werden auch die Scheinprobleme der Panzerschiffabstimmung, nämlich die des Disziplinbruchs und der Unerträglichkeit der Belastung, verschwinden, dann wird sich zeigen, daß diesmal nicht nur innenpolitisch sondern auch weltpolitisch die Sozialdemokratie (ohne sich dessen bewußt zu sein) die richtige Entscheidung getroffen hat.

BRUNO BORCHARDT · STAND UND AUSSICHTEN DER KALENDERREFORM

GRADE vor 2 Jahren wurde hier eine Übersicht über die Bestrebungen zur Reform des Kalenders gegeben¹. Man weiß, daß sich der Völkerbund der Sache angenommen hat. Und er ist ja in der Tat bei dem heutigen Stand des Internationalismus, bevor Kontinentaleuropa eine Einheit geworden ist, die einzige Instanz, die solch eine Reform zustande brächte. Aber schließlich hat er darin ja doch nur Gutachterfunktion. Die einzelnen Länder ließen sich vielleicht für einen einleuchtenden Vorschlag gewinnen. Schwieriger ist es schon mit den in dieser Frage ausschlaggebenden überstaatlichen Organisationen der Kirchen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß über kurz oder lang unser Kalender neu gestaltet werden wird. Nur muß in die Reformbestrebungen selber zunächst einmal so etwas wie eine einheitliche Auffassung gebracht werden. Es empfiehlt sich daher diese Frage öffentlich zu diskutieren. Zu diesem Zweck sei auch jetzt wieder kurz die schon einmal skizzierte Entwicklung rekapituliert² und dann erörtert, wie weit die Sache inzwischen gediehen, und was für ihre Lösung in nächster Zeit zu erwarten ist.

1) Siehe *Borchardt* Zur Reform des Kalenders, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 308 und folgende.

2) Es sei hier auf das Büchlein des bekannten Astronomen und verdienten Direktors der Königsberger Sternwarte *Przybyłok* Unser Kalender in Vergangenheit und Zukunft /Leipzig 1930/ hingewiesen, das in sehr klarer Weise die Entstehung der Zeiteinteilung und Zeitrechnung bei den primitiven Menschen sowie die Wandlungen des Kalenders darstellt und die Bestrebungen zu dessen Reformierung bespricht; allen, die dieser Materie Interesse entgegenbringen, wird es als sehr willkommene und belehrende Lektüre dienen.

Hoffentlich wird diese Lösung nicht so lange auf sich warten lassen, wie seinerzeit die vom Papst Gregor XIII schließlich im Jahr 1582 angeordnete Reform, die fast 400 Jahre früher schon als Notwendigkeit erkannt und seitdem dauernd diskutiert worden war, und die schon 100 Jahre vor Gregor vom Papst Sixtus IV in Angriff genommen war. Auch die Durchführung der gregorianischen Reform erforderte mehrere Jahrhunderte, weil die protestantischen und die griechisch-katholischen Länder ihr aus kleinlichen Gründen hartnäckigen Widerstand entgegensetzten; die letztgenannten haben sie, übrigens auch noch mit einer geringen Modifikation, erst vor wenigen Jahren, im Mai 1923, auf dem Konzil zu Konstantinopel angenommen. Auch in den nichtchristlichen Ländern hat sie sich in unserm Jahrhundert durchgesetzt: 1909 in Japan, dann in China, bei den Bekennern des Islams auf Beschluß der Nationalversammlung in Angora vom 1. Januar 1927 an.

Die Gründe, die zur gregorianischen Kalenderreform führten, waren wesentlich andere als die, die seit nunmehr schon 100 Jahren auf eine Verbesserung und Vereinfachung des Kalenders hindrängen. Damals handelte es sich vor allem um eine richtigere Bemessung der Jahreslänge, das heißt der Dauer des scheinbaren Sonnenumlaufs vom Frühlingspunkt bis wieder zum Frühlingspunkt, die im Julianischen Kalender zu genau 365 Tagen 6 Stunden angenommen war, weshalb alle 4 Jahre ein Schalttag eingeschoben wurde, und zwar merkwürdigerweise hinter dem 23. Februar, denn in dem bis zur Reform Caesars geltenden römischen Kalender wurde das für ihn maßgebende Mondjahr von 355 Tagen alle 2 Jahre durch einen besondern Schaltmonat von abwechselnd 22 und 23 Tagen mit dem Sonnenjahr ausgeglichen, und dieser Schaltmonat wurde nach alter Sitte hinter dem 23. Februar, nach dem Fest der Terminalien, eingelegt. Übrigens wurden die in den Schaltjahren auf den 23. Februar noch folgenden 5 Tage als dem Schaltmonat Mercedonius zugehörig gezählt. Caesar, der sich bei seiner Reform an die bestehenden Gebräuche anschloß, soweit es sich nur irgendwie mit der Grundlage der Änderung, der Beseitigung der Berücksichtigung des Mondes aus dem Kalender, vertrug, ließ daher den Schalttag an der Stelle, die bis dahin der alle 2 Jahre wiederkehrende Schaltmonat hatte. Die gregorianische Reform bestand nun im wesentlichen darin in 400 Jahren 3 Schalttage ausfallen zu lassen, wodurch das Jahr im Durchschnitt zu 365 Tagen 5 Stunden 49 Minuten 12 Sekunden gerechnet wird. Obwohl diese Jahreslänge auch noch nicht ganz genau ist (sie beträgt 365 Tage 5 Stunden 48 Minuten 46 Sekunden), denkt doch niemand daran an dieser Jahreslänge und der gregorianischen Schaltregel etwas zu ändern; denn der Fehler von 26 Sekunden wächst erst in etwa 3300 Jahren zu einem Tag an, und seine Beseitigung wird füglich der dann lebenden Generation überlassen.

Der Hauptgrund, der im Mittelalter die genauere Feststellung der Jahreslänge erstreben ließ, war die Bestimmung des Osterfestes, das nach christlichem Gebrauch zum Gedenken an die Auferstehung Christi an dem Datum dieser Auferstehung gefeiert werden sollte. Schon in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung war zwischen den judenchristlichen Gemeinden in Palästina und den heidenchristlichen Gemeinden ein heftiger Streit über diese Feier ausgebrochen, der auf dem Konzil von Nikäa im Jahr 325 durch die Bestimmung geschlichtet wurde, daß als Ostersonntag der 1. Sonntag nach dem Frühlingsvollmond gelten sollte, und weiter wurde damals festgestellt, daß am 21. März Tag- und Nachtgleiche eintrat, und dieser Tag

sollte dauernd als Beginn des Frühlings gelten. Nun verschob sich aber wegen der unzutreffenden Länge des Jahrs der Frühlingspunkt beständig, zur Zeit Gregors fiel er bereits auf den 11. März. Die gregorianische Reform rückte ihn wieder auf den 21. März und sorgte durch die Schaltregel (Ausfallen von 3 Schalttagen in 400 Jahren) dafür, daß eine neue Abweichung nicht wieder eintreten sollte. Ostern wird auch jetzt noch nach der selben Regel im Zusammenhang mit dem 21. März bestimmt, obwohl der Frühlingspunkt schon deswegen auch auf den 22. März fallen kann, weil das Gemeinjahr ja nur zu 365 Tagen gerechnet wird.

Das außerordentliche Schwanken des Osterfests, das von seiner Verbindung mit dem Frühlingsvollmond herrührt, wurde auch damals schon vielfach als sehr störend empfunden und spielte in den jahrhundertelangen Erörterungen, die der Reform vorangingen, eine große Rolle. Luther zum Beispiel trat lebhaft für eine Festlegung auf ein bestimmtes Datum ein. Auch der Papst erkannte an, daß dogmatische Gründe keineswegs einer Abweichung von dieser von dem jüdischen Kalender und dem jüdischen Passahfest herrührenden Bindung an den Mond im Weg ständen. Trotzdem blieb es bei der Tradition, zumal sich das Schwanken des Osterfests nicht in der selben Weise wirtschaftlich als störend erwies, wie es in den späteren Jahrhunderten bei den stärker entwickelten Handelsbeziehungen und Verkehrsformen der Fall geworden ist. Diese Störungen sind jetzt so stark geworden und werden in wirtschaftlichen Kreisen allmählich für so unerträglich gehalten, daß in den letzten 100 Jahren der Ruf nach Abhilfe immer dringender geworden ist. Damit verband man zugleich die Wünsche auch nach einer andern den wirtschaftlichen Bedürfnissen mehr Rechnung tragenden Jahreseinteilung des Kalenders, dem man vor allem die ungleiche Länge der Jahresabschnitte (Monate, Viertel- und Halbjahre) vorwirft und das Fallen bestimmter Daten in den einzelnen Jahren auf verschiedene Wochentage; Tatsachen, die sich im Wirtschaftsleben unangenehm bemerkbar machen.

Zur Abhilfe des letztgenannten Mißstands wurde schon vor fast 100 Jahren, 1835, von einem italienischen Geistlichen, dem Abbate Mastrofini, vorgeschlagen einen Blankotag einzuführen, das heißt die durchlaufenden Wochen dadurch zu unterbrechen, daß 1 Tag im Jahr, in den Schaltjahren 2 Tage, nicht mit einem Wochentagsnamen bezeichnet werden sollten, so daß jedes Gemeinjahr aus 52 vollen Wochen und einem, das Schaltjahr aus 52 Wochen und 2 Blankotagen bestände. Dieser Vorschlag ist in den vielen Hunderten von Reformvorschlägen, die seitdem auftauchten, wiedergekehrt, während andere das Jahr nur zu genau 52 Wochen, also 364 Tagen, zählen und erst, wenn der Fehler auf 7 Tage angewachsen ist, eine *Schaltwoche* einführen.

Die zahlreichen Anträge, die aus den interessierten Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskreisen, Verkehrsverwaltungen und anderen an die verschiedenen Regierungen namentlich in den letzten Jahrzehnten in immer steigendem Maß gerichtet wurden, sie möchten die Initiative zu einer selbstverständlich nur international durchzuführenden Verbesserung und Vereinfachung des Kalenders ergreifen, bewogen schließlich den Völkerbund sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Die von ihm eingesetzte Sonderkommission, deren Beschlüssen sich das Plenum anschloß, lehnte nach Durchsicht und Bearbeitung aller an sie gerichteten, mehrere hundert beratenden Reformvorschläge eine ganze Anzahl ab, teils aus inneren Grün-

den als unpraktisch, teils wegen zu radikalen Brechens mit der Tradition, wie es etwa die Einführung einer 6- oder 5tägigen Woche wäre. Zu den anderen Vorschlägen nahm sie keine bestimmte Stellung ein sondern richtete an die verschiedenen Regierungen das Ersuchen ihrerseits Studienkomitees einzusetzen, durch die in den einzelnen Ländern die Frage erörtert werden sollte, weil nur eine Reform, die sich auf den überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung stütze, die Gewähr für ihre Durchführung biete. Immerhin unterbreitete sie dabei den Regierungen 2 Gruppen von Vorschlägen, die besonders in Betracht kämen. Beide haben die Einrichtung der Blankotage, die teils in die Mitte, teils ans Ende des Jahres gesetzt werden sollen. Die eine Gruppe will vollkommen gleich lange Monate von 4 Wochen oder 28 Tagen einführen und daher das Jahr von 52 Wochen in 13 Monate teilen. Zur Propagierung dieses Vorschlags hat sich eine internationale Liga gebildet, die unter der Führung des Amerikaners Moses Cotsworth mit sehr erheblichen Geldmitteln durch eine Fülle von Broschüren und Flugschriften für seine Verbreitung sorgt. Diesem Plan wird vor allem nachgerühmt, daß er eine radikale Lösung aller Schwierigkeiten bringe, da auch in den einzelnen Monaten jedes Datum auf den gleichen Wochentag falle. Die andere Gruppe von Vorschlägen hält an dem 12-Monate-Kalender fest, wobei die Monate nicht völlig gleich sein können, sie begnügt sich mit gleich langen Vierteljahren von je 1 Monat zu 31 und je 2 Monaten zu 30 Tagen, wodurch jeder Monat 26 Werktage und 4 respektive 5 Sonntage erhalten soll. Besonders gut durchgearbeitet ist dieser Vorschlag von Rudolf Blochmann; zu seiner Propagierung hat sich in Kiel eine besondere Gesellschaft zur Förderung der Blochmannschen Kalenderreform gebildet. Gegen den 13-Monate-Kalender wird, neben dem Bruch mit der Tradition, der die Einführung wahrscheinlich unmöglich mache, vor allem eingewendet, daß die Viertel- und Halbjahresanfänge nicht mit einem Monatsbeginn zusammenfallen können; dadurch würden aber für alle Rechnungsabschlüsse und Statistiken neben den monatlichen Berechnungen noch besondere für die Viertel- und Halbjahre notwendig, die sich nicht mehr durch einfaches Zusammenzählen von Monatsabschlüssen ergeben können. So würde der neue Kalender also nicht eine Vereinfachung und Erleichterung der Arbeit bringen, was doch der Zweck der Reform sei, sondern eine Erschwerung und Vermehrung. Auch der Umstand, daß 13 statt 12 Monatsabschlüsse nötig werden, bedinge eine Vermehrung der Arbeit um mehr als 8%. Beide Vorschläge, sowohl der 13- wie der 12-Monate-Kalender, wollen eine Festlegung des Osterfests.

Dem Ersuchen des Völkerbunds entsprechend bildete die deutsche Regierung im Juni 1930 ein Studienkomitee, in dem alle interessierten Kreise aus Handel, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr sowie die verschiedensten Verwaltungen vertreten sind. Dieses Komitee suchte die Meinung der betreffenden Organisationen und Verwaltungen festzustellen und schickte April 1931 auf Grund der ihm zugesandten Antworten einen Bericht an den Völkerbund in Genf, der sich voraussichtlich auf seiner Oktobertagung mit der Frage beschäftigen wird. Aus diesem Bericht geht hervor, daß $\frac{9}{10}$ aller Befragten sich für eine Reform des Kalenders aussprechen; nur knapp $\frac{1}{10}$ ist der Meinung, man könne mit dem bisherigen Kalender auch weiter auskommen. Dagegen herrscht nahezu Übereinstimmung darüber, daß das starke Schwanken des Osterfests beseitigt werden müsse. Die eine Reform wünschen, wollen auch den Ostersonntag auf ein bestimmtes Datum legen, die

wenigen, die sich mit dem gegenwärtigen Kalender noch weiter abfinden, wollen Ostern wenigstens nur über den Zeitraum einer Woche statt der bisherigen 5 wandern lassen. Auch die Vertreter der Evangelischen Kirchen haben der Festlegung des Osterfests zugestimmt, während von den Vertretern der Katholischen Kirche keine Antwort an das Komitee gelangt ist. Aber die Kommission des Völkerbunds hat schon früher der P päpstliche Stuhl wissen lassen, der Frage der Festlegung des Osterfests begegneten zwar keinerlei dogmatische Schwierigkeiten, aber für das Verlassen so tief eingewurzelter und durch Konzile geheiligter Gebräuche könne er keinen genügenden Grund erkennen und sei daher nicht in der Lage diese Frage zu erwägen, es sei denn auf den Rat eines Ökumenischen Konzils. Hiernach steht vorläufig der Standpunkt der Katholischen Kirche fest, und da der Völkerbund sich kaum zu einer Reform entschließen wird, an der diese sich nicht beteiligt, so dürfte die Frage im Oktober wohl bis zum Zusammen-treten eines neuen Konzils vertagt werden. Doch bei der Haltung auch vieler katholischer Kreise und kirchlichen Würdenträger und bei der bekannten Einsicht des Katholizismus für wirtschaftliche Notwendigkeiten ist zu erwarten, daß der Papst dem Drängen der verschiedenen Wirtschaftskreise nachgeben und die Einberufung eines Konzils veranlassen wird. Was nun den 12- oder 13-Monate-Kalender betrifft, so hat sich nach dem Bericht des deutschen Studienkomitees die weit überwiegende Anzahl für den Blochmannschen 12-Monate-Kalender erklärt, während eine immerhin beachtliche Minderheit, über $\frac{1}{3}$, dem 13-Monate-Kalender den Vorzug gibt; und zwar gehören zu dieser Minderheit die Eisenbahnverwaltung, das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und die meisten Arbeiterorganisationen, zu der Mehrheit für den 12-Monate-Kalender dagegen die Postverwaltung, die Schulverwaltung, die Beamtenverbände, die Lehrervertretungen sowie die meisten Vertretungen von Handel, Industrie und Landwirtschaft. Das Komitee zieht in seinem Bericht den Schluß, »daß trotz der vordringlicheren Fragen, die sich aus den Schwierigkeiten unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage ergeben, ein lebhaftes Interesse an einer Reform des jetzigen Gregorianischen Kalenders in der deutschen Öffentlichkeit vorhanden ist«.

Auch in vielen anderen Ländern sind dem Ersuchen des Völkerbunds entsprechend Studienkomitees für diese Frage gebildet worden. Von allen liegen noch nicht Berichte vor. Soweit solche bisher bekannt geworden sind, wie von dem der Schweiz, sprechen sie sich für den 12-Monate-Kalender nach dem Blochmannschen System aus, für das auch sonst viel Stimmung vorhanden ist, da die Nachteile des 13-Monate-Kalenders offensichtlich sind.

Obwohl die Befürworter einer Kalenderreform meinen, da der einheitliche Weltkalender nicht nur für christliche Staaten gelten soll, könne man die Neueinteilung des Jahres auch ohne kirchliche Mitwirkung einführen und den kirchlichen Instanzen dann die Bestimmung über ihre Feste innerhalb des neu eingeteilten Jahres überlassen, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß der Völkerbund ohne die Zustimmung der Kirchen zu einem endgültigen Beschluß kommen wird. Es ergibt sich also die (vielen, die alles Kirchentum längst überwunden glauben, wohl etwas paradox scheinende) Situation, daß eine für das Wirtschafts- und Verkehrsleben aller Kulturstaaten bestimmte Reform von dem Beschluß eines katholischen Konzils abhängt: eine Realität, die von uns nicht unbeachtet bleiben sollte.